

NEWSLETTER APRIL 2020

Michael Theurer: Differenzierte Öffnungsstrategie



Die Bekämpfung der Corona-Pandemie kann ein, zwei oder drei Jahre dauern. Die Corona-Krise ist erst vorbei, wenn ein wirksamer Impfstoff gefunden und in ausreichender Menge produziert, eine zuverlässige und wirksame Behandlungsmethode gefunden oder womöglich strategielos die Immunität der Bevölkerung erreicht ist.

Daraus folgt die Erkenntnis, dass wir nicht bis zur Ausrottung von Corona im vollständigen gesellschaftlichen Herunterfahren und wirtschaftlichen Stillstand verbleiben können. Somit ist eine realistische Öffnungsstrategie, die Planungssicherheit für das wirtschaftliche und soziale Leben schafft, notwendig – ein differenzierter Stufenplan, der öffentlich vorgestellt und diskutiert werden muss. Denn auch in der Krise bleibt der Staat begründungspflichtig, wenn er die Freiheit seiner Bürger einschränken will, und darf der Freiheit nicht mehr Raum nehmen als erforderlich.

Für den Übergang von einer Stufe zur nächsten müssen epidemiologische Kennzahlen und Kapazitäten des Gesundheitswesens entscheidend sein. Ein Stufenplan bedeutet aber auch: Verschlechtern sich Faktoren wie Reproduktionsrate oder Verdopplungszeit, müssen die Schutzmaßnahmen unter Umständen wieder verschärft werden. Umgekehrt kann die Entwicklung neuer Medikamente schnellere Lockerungen erlauben. Zentral für die Begründbarkeit und die Befolgung der Vorgaben wird sein, dass sie nach infektiologischen Kriterien erfolgen. Bisher ist vieles Willkür: Läden bis 800 Quadratmeter dürfen öffnen – aber müsste das gesundheitspolitische Kriterium nicht Kunden pro Quadratmeter und einhaltbarer Abstand sein?

Oder die Hotels und Gaststätten, wo die Schließung gerade akut eine ganze Branche gefährdet: Restaurants dürfen Essen und Getränke an Kunden übergeben, und die Kunden sich mit dem Essen auch irgendwo hin setzen, aber nicht auf die Außenflächen des Restaurants, selbst wenn ein Sicherheitsabstand eingehalten wird? Das kann man wohl niemandem erklären.

Wir Freie Demokraten haben eine differenzierte Öffnungsstrategie vorgelegt – Sie finden sie hier: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/187/1918711.pdf>

Michael Link: Schnelle Hilfe tut Not- aber ohne politisch gefährliche gesamtschuldnerische Haftung!

Die Wirtschaft in der EU ist in eine tiefe Rezession gefallen und es besteht die reale Gefahr, dass wir wieder von einer Staatsschuldenkrise erfasst werden, da monetär und fiskalisch alle Schleusen geöffnet wurden. Um diese Krise zu meistern, brauchen wir europäischen Zusammenhalt und Solidarität – aber mit Hirn! Intelligente Hilfe tut jetzt Not, kein Aufwärmen europapolitischer Ladenhüter wie Eurobonds oder das Aufweichen des Verschuldungsverbots der EU.

Grüne und die SPD-Vorsitzenden, sogar Friedrich Merz (!), behaupten nun, wer jetzt gesamtschuldnerische Haftungsmodelle ablehne, handele unsolidarisch. Dieser Standpunkt ist brandgefährlich. Wer die Integration der EU nicht gefährden will, der darf keinen Spaltpilz pflanzen. Auch ist das Instrument der Corona-Bonds alles andere als solidarisch, denn viele Regierungen hätten keine Anreize mehr, notwendige Strukturreformen zügig umzusetzen, weil Corona-Bonds billiges neues Geld in den Haushalt spülen. Die einen würden so dauerhaft auf Kosten der Bonität der anderen leben. Für Schweden, Tschechen und alle anderen Nichtmitglieder der Eurozone, wäre dies das Ende jeglicher Anreize, eines Tages der Eurozone beizutreten, denn sie lehnen Euro-/Coronabonds ebenso ab wie die Eurozonenmitglieder NL, A, SF, SK und die Balten.

Im übrigen bräuchten diese Bonds langwierige Vertragsänderungen. Jetzt bereit einsetzbar sind hingegen zahlreiche andere Instrumente: Umwidmung von Geldern im EU-Haushalt, gezielte Maßnahmen im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, finanzieller Beistand nach Art. 122 der Europäischen Verträge, zusätzliche Programme der Europäischen Investitionsbank oder sachgerecht konditionierte Kredite des ESM. All diese Maßnahmen sind angemessener, zielgerichteter und schneller verfügbar, als die Einführung von Corona-Bonds. Ja, die EU muss helfen, ja die EU muss solidarisch sein, aber sie muss dabei Herz UND Gehirn einschalten.



Pascal Kober: Differenzierende Sozialpolitik und ihre Feinde

Der Aktivierung des Kurzarbeitergeldes haben wir im Bundestag aus Überzeugung zugestimmt. Kritisch hingegen sehen wir die vorschnelle Einigung der Regierung auf seine pauschale Erhöhung: Befristet bis zum Jahresende wird es nach drei Monaten von 60 auf 70 Prozent (77 Prozent für Haushalte mit Kindern) des Nettolohns und nach sieben Monaten auf 80 Prozent (87 Prozent) aufgestockt. Sinnvoller wäre eine sofortige Erhöhung für die, die wenig verdienen und die trotz des Kurzarbeitergeldes in finanzielle Notlagen geraten. So aber wird mal wieder Geld mit der Gießkanne vergossen, statt zielgenau soziale Verwerfungen zu lindern.

Der vereinfachte Zugang zu Leistungen der Grundsicherung ist ebenfalls richtig. Wer beispielsweise als Selbstständiger in Not gerät, erhält neben dem Regelsatz der Grundsicherung von 432 Euro im Monat auch die Wohn- und Heizkosten bezahlt und muss sein Vermögen hierfür nicht antasten, weil sowohl die Angemessenheitsvorgaben für die Wohnung und die Vermögensprüfung ausgesetzt sind.

Vergessen wurden leider die Menschen, die im Bezug von Hartz IV sind und deren Kinder aufgrund der Krise nicht beschult werden können. Dieser Umstand erzeugt einen Mehrbedarf beispielsweise für Lernmittel. Wir fordern daher eine temporäre Erhöhung der Leistungen für Hartz-IV-Empfänger mit Kindern. Zudem ist eine Erhöhung für Empfänger der Grundsicherung im Alter und für Menschen mit Behinderung im Sozialhilfebezug dringend gefordert. Beide gehören zu den Risikogruppen und sind zum Selbstschutz darauf angewiesen, im nächsten statt im günstigsten Geschäft einkaufen zu können.

Pascal Kober ist sozialpolitischer Sprecher der FDP Bundestagsfraktion.



Marcel Klinge: Gastro-Mehrwertsteuer dauerhaft runter auf 7 Prozent

Unsere Gastwirte sind durch die Corona-Pandemie und die staatlichen Auflagen zur Eindämmung besonders hart getroffen. Laut Branchenverband Dehoga droht jedem dritten der bundesweit 223.000 Betriebe die Pleite. Ihr Geschäftsbetrieb steht seit Wochen nahezu still, ohne Aussicht auf verantwortungsvolle Lockerungen, die z.B. in der Außenbewirtschaftung möglich wären. Wollen wir dieses lebendige Herz unserer Gesellschaft retten, dann muss die schwarz-rote Bundesregierung unverzüglich handeln und einen wirksamen Schutzschirm für die Gastronomie aufspannen.



Dazu gehören auch Steuererleichterungen, wie die Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie von 19 auf 7 Prozent. Allein das könnte jährlich Entlastungen von rund 6,5 Milliarden Euro bringen, schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Auch wenn diese 2020 durch die Krise kleiner ausfielen - es wäre eine spürbare Hilfe, die Bundestag und Bundesrat rasch umsetzen könnten. Diese Absenkung sollte aus meiner Sicht auch dauerhaft sein - nicht nur begrenzt auf zwei Jahre, wie aus CDU und SPD zu hören ist.

Zudem bleiben wir Freie Demokraten beharrlich bei unserem Engagement für einen raschen, schrittweisen Neustart der Gastronomie- und Hotelbetriebe. Als Tourismuspolitiker ist es mir selbstverständlich wichtig, dass wir uns auch um die anderen existenzbedrohten Akteure im Tourismus kümmern: Inhabergeführte Reisebüros, Ferienhausbetreiber, Busreiseanbieter, Eventveranstalter und andere haben die gleiche Unterstützung und konkrete Perspektiven aus Berlin verdient. Dafür mache ich mich weiter stark.

Renata Alt: Demokratie in Ungarn darf nicht zum Opfer der Corona-Pandemie werden

Viktor Orbán hat schon lange geplant, seine Macht zu stärken. Die Corona-Pandemie hat ihm nun eine perfekte Gelegenheit gegeben. Nach der Verabschiedung der strittigen Gesetze kann er jetzt auf unbefristete Zeit ohne Parlament regieren.

Aus mehreren EU-Mitgliedstaaten kam langsam Kritik. Die Bundesregierung hat sich, wie immer, zu spät geäußert. Außenminister Heiko Maas fordert zwar regelmäßig die Einhaltung der EU-Grundwerte. Allerdings sehen wir keine konstruktiven Vorschläge der Große Koalition.

Die Bundesregierung, aber auch die EU, müssen jetzt zügig handeln, denn die Gefahr einer Signalwirkung für andere östliche EU-Mitgliedstaaten ist größer denn je. Der Ausschluss der Fidesz aus der EVP-Fraktion ist längst überfällig. Das sollte auch die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verstehen, die ihre schützende Hand über Ungarn und Polen hält, da sie auch mit Stimmen der Fidesz und der PiS gewählt wurde. Ausreichend Druck kann die EU nur mit Sanktionsmechanismen erzielen, die aktuell bei den Verhandlungen um den mehrjährigen Finanzrahmen sehr begrenzt sind. Deswegen brauchen wir einen effektiven Evaluierungsmechanismus, der es uns ermöglicht, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Grundrechte in der EU regelmäßig länderspezifisch zu bewerten. Die deutsche Ratspräsidentschaft stellt eine tolle Chance dar, die Grundwerte auf denen die EU basiert, wieder zu stärken.



Benjamin Strasser: Aus Corona lernen Warum wir den Zivil- und Katastrophenschutz nach der Krise neu strukturieren sollten

Es war das Jahr 2012, als eine „Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz“ im Bundestag behandelt wird. Darin spielten die Experten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BBK) verschiedene katastrophenartige Szenarien durch. Die Analyse macht dieser Tage viel von sich reden, denn es enthält auch das Szenario einer pandemischen Ausbreitung eines neuartigen Virus in Deutschland. In Reaktion wurde damals der nationale Pandemieplan überarbeitet, die Länder hätten daraufhin ihre eigenen Pläne anpassen müssen.



Doch das BBK trifft auf seiner Homepage eine ebenso schlichte wie fatale Feststellung: „Ob und welche Maßnahmen in den Ländern auf Grundlage der Risikoanalyse 2012 getroffen wurden, entzieht sich unserer Kenntnis.“

Mangelnde Abstimmung bei den Pandemieplänen ist eines von vielen Beispielen, wie sehr die Sicherheitsarchitektur im Bevölkerungsschutz an ihre Grenzen geraten ist. Gemeinsam mit meiner Kollegin im Innenausschuss des Bundestages, Sandra Bubendorfer-Licht, habe ich deshalb in einem Positionspapier herausgearbeitet, wie wir diesen Bereich nach der akuten Krise neu strukturieren müssen.

Erstes und wichtigstes Ziel ist es für uns, Zuständigkeiten auf neue Herausforderungen auszurichten, Verantwortung klar zu regeln und bestehende Schnittstellenproblematiken zwischen Bund und Ländern in einer Föderalismuskommission III zu entschärfen. Es ist überholt, dass der Bund nur bei militärischen Auseinandersetzungen für den Zivilschutz zuständig ist. Seine Rolle wollen wir deshalb neu definieren und das BBK zu einer Zentralstelle bei besonders schweren Unglücksfällen, länderübergreifenden und erheblichen Katastrophen ausbauen. Dort sollen bundesweite Lagebilder erarbeitet werden, die im Ernstfall koordiniertes Handeln ermöglichen. Durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe soll auch die Koordination von Übungen erfolgen und wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Bereich der Sicherheitsforschung gebündelt werden. Gleichzeitig sehen wir es als notwendig an, dass der Bund eine konzeptunabhängige, nationale Reserve an Ressourcen wie Material-, Lebensmittel- und Medikamentenreserven für 50.000 Personen schafft, die auch den Betrieb eigenständiger und ortsunabhängiger Betreuungseinrichtungen für bis zu 15.000 Personen für bis zu drei Monaten ermöglicht.

Mit klugen Maßnahmen können wir unsere Sicherheitsarchitektur auch im Bevölkerungsschutz nach der Krise effektiver aufstellen. Das ganze Papier finden Sie hier: <https://bit.ly/3eMUXyE>.